

# Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und ihre Relevanz für die Gegenwart

*Hans-Hermann Hartwich*



Hans-Hermann  
Hartwich

Am Ende des Jahres 2008 überstürzten sich die wirtschaftlichen Horrormeldungen. Dabei schälte sich mehr und mehr ein Begriff heraus, der stärker schien als Finanzkrise, Bankenkrise, Börsenkrise, Autokrise: Die „Weltwirtschaftskrise“. In der Wirtschaftsgeschichte gibt es diesen Begriff. Er beschreibt die „Große Depression“, die 1929 mit einem gewaltigen Börsen-Crash begann und als Deflationsspirale in den folgenden Jahren auch die wichtigsten europäischen Industriestaaten erfasste. Seitdem gibt es „die“ Weltwirtschaftskrise. Es liegt nahe, die heutige Begriffswahl genauer unter die Lupe zu nehmen und Krisenausbruch, Krisenentwicklung und Krisenbefund sowie das weltwirtschaftliche Bedingungsfeld der Krisen zu vergleichen.

## Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 – eine Skizze

Der erste Weltkrieg hatte die 1913 bestehende Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten in West- und Mitteleuropa und der übrigen Welt zerstört. Die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion in den überseeischen Gebieten und in Argentinien verhinderte

nach dem Krieg eine Normalisierung der europäischen Agrarproduktion, und so bestand seit Mitte der zwanziger Jahre eine Agrarkrise. Auch die industrielle Produktion hatte in Australien und Neuseeland, Indien und den großen Staaten Südamerikas Fortschritte gemacht, so dass die Europäer nicht einfach ihre frühere Stellung wieder einnehmen konnten.

Vor allem waren die USA in jeder Beziehung aufgestiegen. Sie waren vom Schuldner- zum großen Gläubigerland geworden, verweigerten sich aber wirtschaftlich wie politisch jeder engeren internationalen Kooperation.

Großbritannien litt am stärksten unter dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel. Die einst unbestrittene Leitfunktion des englischen Pfundes im Weltwährungssystem war verloren. Der Dollar war zur zweiten Leitwährung geworden. Während die Engländer die früheren wirtschaftlichen Verknüpfungen wieder herzustellen versuchten, sammelten die Franzosen erhebliche Goldreserven, ohne dass sie damit eine stärkere wirtschaftliche Aktivität nach außen entwickelten. Frankreich war wirtschaftlich noch stark traditionell strukturiert, ohne eine bedeutende Dynamik seiner Ökonomie, aber mit machtpolitisch strengem Blick auf Deutsch-

land und die unnachsichtige Einforderung der Reparationszahlungen.

Deutschland erlebte nach Inflation und Währungsstabilisierung mit ausländischer Hilfe (Dawes-Plan) 1923/24 zunächst stockend und dann eindrucksvoll eine kurzfristige Hochkonjunktur 1928/29. Gestützt wurde diese Entwicklung bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise durch reichlich einfließendes Investitionskapital aus dem Ausland. Damit wurde zugleich die Belastung Deutschlands durch Aufbringung und Transfer der ihm auferlegten Reparationszahlungen weitgehend kompensiert

Auch im monetären Bereich gab es keine funktionierende Kooperation. Die USA engagierten sich zwar mit umfangreichen Auslandsanleihen in Europa. In Deutschland wurden die kurzfristigen Anleihen und Kredite in der Regel langfristig angelegt. Die USA waren somit zwar eine Art Weltbankier, aber sie waren dies nicht in systematischer Art und Weise. Klar war, dass die Auslandskredite die Deutschen in Stand setzten, die Reparationen jährlich in Devisen zu transferieren. Aber ein System war daraus nicht entwickelt worden.

Als die Krise im Oktober 1929 mit dem Börsencrash in den USA begann, fielen diese bald als Weltbankier weitgehend aus. Kurzfristiges Auslandskapital, das häufig langfristig in Deutschland angelegt worden war, wurde zurückgezogen. Die Franzosen hätten mit ihren Goldreserven als Kreditgeber einspringen können. Aber es gab keine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Denn Deutschland wollte die Reparationslast beenden und nicht weiter abtragen. Reichskanzler Brüning, der in der Krise von Frühjahr 1930 zwei Jahre lang auf der Grundlage des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten (Art. 48) regierte, wollte sogar mit der Krise „beweisen“, dass Deutschland diese Belastung nicht tragen könne.

Dies alles heißt im Ergebnis, es gab keine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Neben den nationalen Egoismen bestanden zwischen den drei großen Volkswirtschaften in Europa Feindschaft und Misstrauen, die auch kurzfristige Übereinkommen und wechselseitige Hilfen verhinderten.

Die Krise selbst begann am 24. Oktober 1929 mit massiven Kurseinbrüchen an der New Yorker Börse. Bis zum 29. Oktober lagen die Verluste bei 50 Milliarden Dollar. Banken schlossen als Reaktion auf den Massenansturm des verunsicherten Publikums. Hintergrund des plötzlichen Einbruchs waren Spekulationen in der Zeit der Prosperity, die die Kurse in z.T. unbekannte Höhen getrieben hatten. Die weltwirtschaftlichen Folgen waren die bereits genannten Abzüge kurzfristiger Kredite aus Deutschland und Europa. Der internationale Kredit- und Zahlungsmechanismus wurde empfindlich getroffen. Verunsicherung, Misstrauen und Panik begannen, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu beherrschen.

1930 entwickelte sich dann die Krise als allgemeine Produktions- und Absatzkrise. Rasch kam es zu einer gefährlichen „Deflationsspirale“: Fehrender Absatz führte zur Verringerung der Produktion und zur Entlassung von Arbeitskräften. Dies wiederum schmälerte den Absatz weiter. Weitere Produktionsverringerungen und Arbeitskräfteentlassungen waren die Folge.

Diese Art der Krise war also durch eine Kontraktion aller wirtschaftlichen Prozesse gekennzeichnet: Rückläufige Produktion, Rückgang der Investitionen, der Konsumtion, des Volkseinkommens, der Preise (weniger der Kartellpreise), der Löhne, Gewinne, Einnahmen aller Art und der Steuereinnahmen. Verbunden war dies alles mit einer deflatorischen Wertsteigerung der nationalen Währung, Kontraktion also auch des Geldvolumens. „Ein unheilvoller *circulus vitiosus* kam in Gang, in dem sich nachlassende Gewinne, rück-

gängige Investitionen, ausfallende Nachfrage, stürzende Preise, Produktionseinschränkungen und Betriebsstilllegungen in Verbindung mit Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten zu einem unheilvollen Kreislauf verschlangen, ohne dass irgendwo ein Ende abzusehen gewesen wäre.“ (Kroll)

Die damals wichtigsten Industriestaaten suchten jeweils hektisch nach eigenständigen Lösungen für ihre Länder, wobei keine Rücksicht auf mögliche Auswirkungen auf Nachbarn genommen wurde. Die deutsche Regierung unter Reichskanzler Brüning (1930-1933) antwortete mit einer „Deflationspolitik“. Er setzte mit Hilfe von „Notverordnungen“ des Reichspräsidenten die „Anpassung“ auch des Staates und seines Apparats an die Abwärtsentwicklung durch. Er betrieb also bewusst eine prozyklische Konjunkturpolitik. Er verfügte Lohn- und Gehaltskürzungen in allen öffentlichen Bereichen und griff über das Schlichtungswesen auch in die Lohntarife ein. Er nannte dies die „Anpassung des Staates, d.h. aller staatlicher Leistungen, an die Armut der Nation“.

Damit wurde staatlicherseits die Deflation vertieft, statt sie zu bekämpfen. Millionen von Arbeitnehmern erhielten für immer kürzere Zeiträume Arbeitslosenunterstützung und anschließend minimale Unterstützungen aus der Krisenfürsorge bzw. von kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen. Im Januar 1932 gab es 6,2 Mill. verfügbare Arbeitssuchende bei den Arbeitsämtern. Mangels Nachfrage reduzierte sich das wirtschaftliche Leben fast bis zur Bewegungslosigkeit. Der Index der industriellen Produktion, 1928 = 100, lag 1932 bei 54. (Zahlen nach Hartwich, 1967). Das Volkseinkommen sank von 73,4 auf 45,3 Mrd. RM. Dies alles bereitete den Boden für eine wachsende Radikalisierung des politischen Lebens, das Erstarren der NSDAP und der Kommunisten und schließlich Hitlers „Machtergreifung“. Die „Deflationspolitik“ hatte das

wirtschaftliche Elend in Form des Schrumpfens des Volkseinkommens und von Massenarbeitslosigkeit entscheidend befördert.

Der zentrale Grund Brünings für die Hinnahme dieser Folgen war, dass er die endgültige Aufgabe der Reparationsforderungen der Alliierten gegenüber Deutschland erzwingen wollte, indem er dem Ausland die Zahlungsunfähigkeit des Landes bewies. Überdies glaubte Brüning, dass die Inflationsfurcht nach der verheerenden Inflation von 1923, also erst sieben Jahre zuvor, so tief im Volk verwurzelt sei, dass keine kreditfinanzierte Ankurbelungspolitik akzeptiert würde.

Die USA hatten seit dem Börsencrash von 1929 eine ähnliche wirtschaftliche Deflationsspirale in die Depression durchgemacht wie Deutschland. Auch in den USA versuchte der amtierende Präsident Hoover, den wirtschaftlichen Abschwung mit klassischen Mitteln, also vor allem mit einer Zurückhaltung des Staates, abzubremsen. Es misslang. Im Jahr der Präsidentschaftswahl 1932 wurden etwa 15 Millionen Arbeitslose gezählt. Das Verhältnis zur Gesamtbevölkerung war ähnlich wie in Deutschland. Für sie gab es aber keine den deutschen Verhältnissen vergleichbare Staatshilfen. Die industrielle Produktion lag wie in Deutschland bei 54 % derjenigen von 1929.

Mit Franklin D. Roosevelt löste 1933 ein neuer Messias das alte System unter Hoover ab. Er begann mit dem „New Deal“, eine neue Politik der Krisenbekämpfung mittels staatlicher Eingriffe, die für die USA revolutionierend wirkten. Im Kern waren neben den konkreten Arbeitsbeschaffungsprojekten die regulierenden Gesetze für Banken, Währung und Kreditwesen, für die Landwirtschaft, für Grundstückshandel und Bauwirtschaft, Eisenbahn, Schifffahrt, Arbeitsmarkt, öffentliche Fürsorge, Arbeitslosenversicherung und Altersversorgung eher die Etablierung neuer Ordnungs- und Strukturformen öffentli-

cher Bindung. Die Arbeitsrechtsreform brachte das gesetzlich gesicherte Koalitionsrecht. Hinzu kam die Einführung von staatlichen Regulierungsbehörden, wie z.B. die berühmte Tennessee Valley Authority nach dem Tennessee Valley Development Act von 1933 und 1935. Dies waren im engeren Sinne keine Konjunkturprogramme. Aber sie ermöglichten den wirtschaftlichen Aufschwung „Konjunktur durch Staatsintervention“.

Die Kaufkraft der breiten Masse wurde zum konjunkturbestimmenden Faktor. Hohe kreditfinanzierte Staatsausgaben folgten dem keynesianischen Modell des deficit spending. Darin ähnelten sich die konjunkturpolitischen Maßnahmen in den USA und in Deutschland nach der nationalsozialistischen Machtergreifung von 1933.

Großbritannien fing eine Vertiefung der Deflationsspirale bereits ab 1931 auf. Die Abkehr vom Goldstandard und die Freigabe des Pfund Sterling 1931 verschafften der englischen Wirtschaft Luft, ohne deswegen schon als Konjunkturprogramm gelten zu können. Es war gewissermaßen der klassische Weg, nämlich der einer Krisenbekämpfung durch Marktöffnungen und Liberalisierungen.

Frankreich hingegen verharrte bei seiner Thesaurierungspolitik. Die hohen Goldreserven wurden nicht genutzt, weder national noch international, um der Wirtschaft die notwendige Liquidität zu verschaffen. Bis 1936 hielt Frankreich am Goldstandard fest. Das Land erholte sich langsamer, aber insgesamt gesehen traf die Weltwirtschaftskrise das noch immer agrarisch geprägte Land weniger als die anderen drei Staaten.

## Die Bankenkrise in der Krise

Im Sommer 1931 brach zusätzlich eine Bankenkrise in Deutschland aus. Österreich, das sich in einer ähnlichen Situa-

tion wie Deutschland befand, plante seit Anfang 1931 mit Deutschland eine Zollunion als regionalen Beginn einer Neuordnung europäischer Wirtschaftsbeziehungen. Ob dies in der damaligen Situation politisch klug war, sei dahingestellt. Der Plan traf auf starken Widerstand, vor allem Frankreichs. Es folgten verstärkte Abzüge von Auslandskapital aus beiden Ländern. Am 11. Mai 1931 kam es daraufhin zum Zusammenbruch der bedeutenden „Österreichischen Credit-Anstalt“. Es folgten zwar europäische Stützungsmaßnahmen. Im Juni wurden auch die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands so groß, dass die um Hilfe gebetenen Amerikaner einen Zahlungsaufschub („Hoover-Moratorium“) organisierten. Frankreich verweigerte als europäisches Land mit den größten finanziellen Reserven jede Zusammenarbeit, solange dieser Plan nicht aufgegeben werde. Am 13. Juli 1931 brach dann der deutsche und internationale Zahlungsverkehr vorübergehend völlig zusammen. Kreditverhandlungen der Reichsbank mit den Reparationsgläubigern scheiterten.

Am 13. Juli stellte auch die erste der vier deutschen Großbanken, die „Darmstädter und Nationalbank (Danat)“ ihre Zahlungen ein und löste damit eine Kettenreaktion und einen Sturm auf die Banken aus. Am 14. Juli erklärte die zweite deutsche Großbank ihre Zahlungsunfähigkeit, die Dresdner Bank (die beiden Banken fusionierten später). Die Reichsregierung schloss durch Notverordnung alle Banken und Börsen. Zu einer erheblichen Zuspitzung trugen die mangelnde Solidarität der Banken untereinander und bewusste Täuschungsversuche gegenüber der Regierung bei (Köhler, 873). Der Reichskanzler hatte sogar den Verdacht, dass die größte Bank, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, den Zusammenbruch der Danat-Bank durch Leerverkäufe von Danat-Bank-Aktien beschleunigt hatte.

Durch diese Bankenkrise kam es zu einer erheblichen Zuspitzung der deut-

schen Wirtschaftskrise. Sie setzte sich als Kettenreaktion durch Kreditabzüge und Kündigungen mit den sich daraus ergebenden Zusammenbrüchen von Unternehmen fort. Die Deflationspolitik erreichte durch Kapitalabflüsse und die restriktive Politik der Reichsbank eine neue Dimension. Besonders schwerwiegend war die verstärkte allgemeine Vertrauenskrise. Die „im Bankenkrach gipfelnde Krise hatte ein für den Staat Existenz bedrohendes Ausmaß erreicht“. (Köhler, 876f.) Die Banken dagegen, so der Wirtschaftshistoriker Henning Köhler, versuchten schon kurze Zeit danach, die Erinnerung an ihre eigene Schwäche und Hilfsbedürftigkeit zu verschleiern. Sie sprachen von einer „Art Hysterie“, dass allen Banken hätte geholfen werden müssen, und machten am Ende „schicksalhafte Entwicklungen“ für die Bankenkrise verantwortlich.

Erst Mitte August wurde der Zahlungsverkehr in Deutschland mit erheblichen Beschränkungen wieder aufgenommen. Einen Monat später kam es erneut zu europäischen Zahlungsschwierigkeiten. Diesmal war Großbritannien betroffen, das die Bindung des Pfundes an den Goldstandard aufgeben musste. Wieder wurden Börsen vorübergehend geschlossen. Im Herbst 1931 erreichte die Deflation, d.h. die Austrocknung der Wirtschaft, ihren tiefsten Punkt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland stieg weiter. Erst ein Jahr später, 1932, wurde im Nachhinein für Fachleute deutlich, dass die Wirtschaft vor einer gewissen Erholung stand. Ein halbes Jahr später wurde Hitler Reichskanzler.

Die Nationalsozialisten begannen unabhängig von aller ideologischen Propaganda mit einem gewaltigen kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsprogramm, in dem populäre Vorhaben wie der Autobahnbau hervortraten, aber zugleich ein schnell gigantisch dimensioniertes Aufrüstungsprogramm eingeschlossen war. Wirtschaftstheoretisch

wurde mit der kreditfinanzierten Ankurbelung der Wirtschaft das Richtige getan. Dieser Aufschwung in Deutschland mündete allerdings schon 1936 in staatliche Lohnfestsetzungen, Preisstopps und Bewirtschaftungsmaßnahmen ein, die den Krieg vorbereiteten.

(Literatur zum vorstehenden geschichtlichen Abschnitt: K.Borchardt, Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik, in: Historische Weimarer Republik – Wirtschaftskrise und Polarisierung, in: Rittberger (Hg.), 1933. Wie die Republik der Diktatur erlag, Stuttgart 1983; H.-H. Hartwich, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1932, Berlin 1967; F.-W. Henning, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972, Paderborn 1975; C.-L. Holtfrerich, Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, Wiesbaden 1982; H. Köhler, Das Verhältnis von Reichsregierung und Großbanken 1931, in: H. Mommsen u.a. (Hgg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 868-877; G. Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958; H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974; H.A. Winkler (Hg), Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929-1939, Göttingen 1973; W. Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Band 2, 3.A. Stuttgart 1973; H.-H. Hartwich, Wirtschaftskrise und Polarisierung, in: V. Rittberger (Hg.), 1933. Wie die Republik der Diktatur erlag. Stuttgart 1983.)

### „Lehren“ aus der Weltwirtschaftskrise ?

Die konjunkturpolitischen Fehler der Regierungen in der Weltwirtschaftskrise waren so offenkundig, dass heute – trotz jahrzehntelanger Erfolge neoliberaler Wirtschaftspolitik – die Überzeugung vorherrscht, jeder ernsthaften deflatorischen Gefahr müsse sofort und massiv begegnet werden, um eine Abwärtsspirale in eine lang anhaltende

Depression zu verhindern. Die Diskussion darüber, ob damit die Lehren von John Maynard Keynes erneut ihre Gültigkeit beweisen, ist immer wieder hochinteressant, aber sie kann hier nicht geführt werden. Hier geht es um das Erkennen der Probleme und ein Abwägen der notwendigen staatlichen Maßnahmen. Aber selbst dieser Satz könnte mit Keynes in Verbindung gebracht werden, der ja nicht nur ein Theoretiker war, sondern der Psychologie der Wirtschaft eine besondere Bedeutung beimaß. So hatte er stets auf die Bedeutung „der sich selbst rechtfertigenden Erwartungen“ hingewiesen. Daran wird man erinnert, wenn man die Rolle der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Winter 2008/09 beobachtet. Diese werden nicht müde, die Drastik der hereinbrechenden Krise in Prozentsätzen auszudrücken und sich dabei sogar einen Wettbewerb über die Minusstellen hinter dem Komma leisten. Lediglich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) scheint sich diesem Wettbewerb um Minusrekorde beim Volkseinkommen um 2,0, 2,2 und 2,7 % warnend entgegengestellt zu haben. Das liegt ganz auf der Keynes-Linie.

## Das veränderte Umfeld

Die heutige globale Weltwirtschaft unterscheidet sich grundlegend von jener der dreißiger Jahre. Die Zahl der entscheidenden Akteure ist gestiegen. Dies hat aber im Vergleich nicht zu einer Polarisierung von „Systemen“, nicht zu einem hektischen „beggar my neighbour“, nicht zu ernsthafter nationalstaatlicher Abkapselung geführt. Vielmehr überwiegt die Kooperation. Nicht zuletzt aus Furcht der Staaten vor einseitiger Betroffenheit. Überdies sind bestimmte Werte wie die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verhinderung von existentieller Not als staatliche Aufgabe, die Sorge um die Stabilität des poli-

tischen Systems und seiner Konsumgesellschaft, weitgehend Allgemeingut geworden.

In die Verflechtungen in der Weltwirtschaft sind naturgemäß auch die Nationalstaaten eingebunden. Abgesehen von den wirklichen Großmächten wie die USA, China, Indien und Russland streben fast alle in unterschiedlichen Formen nach Zusammenarbeit. Die europäischen Staaten sind dabei mit der Europäischen Union am weitesten fortgeschritten. Die Gefahren von Deflation und lang anhaltender Depression bilden also heute sogar wichtige Vehikel auf dem Weg zu engerer Kooperation und lassen die üblichen Differenzen zurücktreten.

Auf dieser Grundlage und mit dem Ziel, durch aktives und gemeinsames Handeln eine Deflationsspirale abzuwehren, ist die allgemeine weltwirtschaftliche Lage eine ganz andere als in den dreißiger Jahren.

Ein für Europa ganz besonders bedeutsamer Faktor ist die gemeinsame Währung unter der verbindlichen Führung der Europäischen Zentralbank. Dies schließt Währungskrisen im Bereich der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion faktisch aus, ohne dass es besonderer internationaler Beschlüsse bedarf. Ein großartiger Fortschritt!

## Krisenmerkmale

Verlauf und Zustand der gegenwärtigen Krise beweisen aber auch, dass die Staaten in bezug auf die Strukturen und Regeln der weltwirtschaftlichen Verflechtung bislang keine Sicherheiten schaffen konnten oder auch wollten. Es überrascht nicht, dass gegenwärtig die Rolle staatlicher Aufsichts- und Regulierungsämter für Banken, Börsen, Finanzinvestoren, weltweit operierende Fonds usw. allenthalben mit dem Willen diskutiert wird, durch wirksame Verbesserungen künftigen Finanzkrisen vorzubeugen.

Dies alles ähnelt den Vorgängen vor knapp achtzig Jahren. Fahrlässige, aber gewinnträchtige Kredite für Hausfinanzierungen standen auch seinerzeit am Anfang der Krise. Allerdings gab es damals nicht die ungeheuere Dynamik und Wucht jenes Prozesses, der durch die bedenkenlose Verbriefung und den Weiterverkauf von ungesicherten Krediten und Schuldtiteln ausgelöst wurde. Riesige Mengen solcher Titel wurden letztlich zu Eigenkapital der Banken und damit wiederum Grundlage weiterer Kreditvergaben. Die beim Zusammenbruch dieses Prozesses entstandenen Riesenverluste sind neu. Und sie gefährden auf längere Sicht die gesamte Kredit- und Finanzierungsgrundlage der Volkswirtschaften. Ob es den Staaten überhaupt gelingt, hier wieder solide Grundlagen zu schaffen, ist gegenwärtig offen.

So entwickelte sich die Kreditkrise zur Bankenkrise, die bald sogar als „Systemkrise“ empfunden wurde und die Notenbanken in eine veränderte Rolle drängte (vgl. Hartwich, GWP 4/2008). In manchen Dimensionen unterscheidet sich die heutige Krise kaum von jener der dreißiger Jahre. Vor allem die großen Geschäftsbanken und bedeutenden Finanzinstitutionen sind nicht in der Lage, von sich aus einen Selbstheilungsprozess einzuleiten. Vielmehr verschließen sie sich sogar staatlichen Rettungsmaßnahmen, indem sie diese entweder ablehnen oder aber eingeräumte Erleichterungen, vor allem Zinssenkungen und Einlagensicherungen, nicht weitergeben. Sie blockieren aus Eigeninteresse statt freiwillig einen soliden Kreditkreislauf in Gang zu halten.

Was kann der Staat tun? Auf der einen Seite müssen die Banken in ihren Funktionen als Einlage- und Finanzierungsinstitutionen gesichert werden. Auf der anderen Seite können staatliche Instanzen von außen her wenig tun, um Blockaden im Geld- und Kreditkreislauf durch eine Art Thesaurierungsver-

halten der Geschäftsbanken zu unterbinden. Dieses Verhalten liegt z.B. dann vor, wenn die Banken die ihnen gewährten günstigen Kredite nicht an Kredit suchende Unternehmen weitergeben, sondern die Mittel lieber gegen geringen Zins bei der Zentralbank anlegen. Auch hier gilt allerdings eine Erkenntnis von Keynes über billige Kreditangebote an Unternehmen (Banken): Man kann (staatlicherseits) die Pferde wohl zur Tränke führen, aber man kann sie nicht zwingen zu trinken. Die Alternative ist der Einstieg des Staates in die Banken (oder auch Unternehmen), wie es in Deutschland um die Jahreswende bei der Commerzbank geschehen ist. Dies ist weder eine Dauerlösung noch eine Lösung vom Umfang her. So gilt in Bezug auf die Banken auch in der gegenwärtigen Krisenbekämpfung – wie schon 1931 –, dass bislang keine wirksamen Instrumente, das Interesse der Gesamtwirtschaft durchzusetzen, zur Verfügung stehen bzw. gefunden wurden.

## Chancen und Gefahren antizyklischer Konjunkturpolitik

Kann die Deflationsspirale durch Inflationierung der Liquidität gebremst oder sogar vermieden werden? Die Bemessungsgrenzen sind unscharf. Richtig ist: Liquiditätsschaffung dient der Belebung der Gesamtwirtschaft. Ein Zuwenig kann keinen kumulativen Prozess in die Depression aufhalten. Ein Zuviel kann sie aber auch in eine andere Form von Krise treiben. Schwer ist es, im üblichen pluralistischen Entscheidungsprozess das richtige Maß zu finden. Auch könnten natürliche Entwicklungen erkannt und genutzt werden. So gehen gegenwärtig die Preise und damit die Inflationswahrnehmung zurück. Unter diesen Umständen könnte in der Tat die Konsumneigung gestärkt wer-

den. Allerdings könnte diese durch die „Erwartung“ weiterer Preissenkungen oder die Furcht vor Einkommensverlusten beeinträchtigt werden.

Wenn eintritt, was Ökonomen der Commerzbank laut FAZ (7.1.2009) erwarten, dass sich die Teuerungsrate im Euro-Raum im Frühjahr 2009 der Nulllinie nähern wird, dann festigt das in der Tat die Kaufkraft. Wie sieht es dann aber auf der anderen Seite der Medaille aus, bei den Anbietern und Produzenten? Der Produzent bestimmt über erzielbare Preise Gewinne, aber auch Beschäftigung. Seine „Erwartungen“ weiterer Preissenkungen können zu Produktionseinschränkungen und Entlassungen führen. So können sich anscheinend positive Entwicklungen wie die rückläufige Inflation durchaus als negativ für die Bekämpfung einer Deflationsspirale erweisen.

Der deutlichste Unterschied zwischen den Krisen von 1929/33 und heute liegt, um es noch einmal zu betonen, in den fast schon grenzenlosen Versuchen, insbesondere der USA, mit allen Mitteln der Zentralbank und des Staatshaushaltes einen deflatorischen Prozess abzubremsen und umzukehren. Dabei – und das ist das Erstaunlichste, das ganz Neue – scheinen keine Regeln mehr zu gelten. Es gibt in den USA und anderen Ländern keine behutsame Leitzinspolitik der Zentralbank mehr, die auch jeweils die Gegenseite, also hier die Inflationsseite, beachtet. Vielmehr verschießt sie ihr Pulver, indem sie den Leitzins auf Null steuert, um anschließend sogar direkt Notenbankkredite an Unternehmen zu vergeben bzw. selbst Staatsanleihen zu kaufen. Das ist dann Geldschöpfung.

Das staatliche Haushaltsdefizit wird in einem unvorstellbaren Maß ausgeweitet, ohne dass noch über die „Belastung künftiger Generationen“ oder ehrbare fiskalische Grundsätze ein Wort verloren wird. Schätzungen über die Ausgaben der Amerikaner zur Banken- und Unternehmensstützung und für Konjunktur-

programme aller Art kommen auf 1,2 bis 1,5 Billionen Dollar. Dafür muss der Staat selbst Kredite aufnehmen, obwohl er bereits Schulden über 10,5 Billionen Dollar angesammelt hat. Kredite werden honorig als US-Anleihen vergeben. Sie gelten als sicher. Sie werden gegenwärtig schon aus Furcht gekauft, ohne dass die Regierung hohe Zinsen zahlt. Das wird sich ändern, wenn alle Programme laufen. Dann kommt es nicht zuletzt auf das Ausland, ausgerechnet China etwa, als Abnehmer bedeutender Mengen von Staatsanleihen an. Und eben auch wieder die Notenbank.

Die US-Regierung geht mit ihrer prinzipiell richtigen Konjunktur- und Krisenpolitik einen gefährlichen Weg, der die Staatsschuld (2008 etwa 250 Milliarden \$) in einem Ausmaß wachsen lässt, das erstens neue Abhängigkeiten schafft und zweitens andere Programme wie etwa für das Gesundheits- und Rentensystem kürzen oder unmöglich machen könnte.

Im Lichte dieser Entwicklung hat sich die Bundesregierung im ausgehenden Jahr 2008 und zum Jahresbeginn 2009 sachgerechter verhalten, indem sie ungleich behutsamer ihre Programme auflegte und dimensionierte. Sie zog damit innenpolitisch und europäisch heftige Kritik auf sich. Es wird sich im ersten Halbjahr 2009 herausstellen, ob dieses maßvollere Agieren nicht nur nicht schadete, sondern im Wortsinne „nachhaltiger“ war.

In der Bekämpfung dieser Krise, man nenne sie nun „Weltwirtschaftskrise“ oder auch nicht, kann stets das Positive ins Negative umschlagen. Das heutige Bewusstsein von der Gefahr einer Deflationsspirale führt also zu Gegenmaßnahmen, wie sie seit der großen Krise 1930 bis 1933 in jedem Lehrbuch stehen. Aber das Übermaß könnte bei aller Berechtigung dazu führen, dass sich völlig neue Krisenphänomene ergeben, weil wieder etwas falsch gemacht wurde. Nämlich die Dosierung notwendiger Interventionen der Staaten.